

Dänemark

**DR streicht Meinungsumfragen**

**KOPENHAGEN** DR wird von der kommenden Kommunalwahl im November ohne Meinungsumfragen und Exitpolls berichten. Das hat der TV- und Radiosender entschieden, nachdem die Prognosen bei der vergangenen Wahl deutlich falsch lagen.

„Wir werden keine Exitpolls oder Prognosen darüber erstellen, wie die dänischen Bürger wählen“, sagt DR-Nachrichtendirektor Sandy French zu Altinget.dk. „Wir haben die Prognosen von der vergangenen Wahl analysiert und festgestellt, dass sämtliche Meinungsforschungsinstitute falsch lagen“, so French.

Der Professor und Wahlforscher an der Kopenhagener Universität, Kasper Møller Hansen, lobt die Entscheidung von DR. „Es scheint, als hätte DR gesehen, dass die Kommunalwahl aus 98 verschiedenen Kommunen besteht und es schwer ist, aus jeder Kommune eine brauchbare Meinungsumfrage zu erstellen“, sagt Hansen zu Altinget. *jt*

**Polizisten unzufrieden mit Reichspolizei**

**KOPENHAGEN** Dänische Polizeibeamte werden ohne Rücksicht auf ihre Familien von einer Aufgabe zur nächsten versetzt. So lautet die Kritik von vielen Beamten gegenüber der Reichspolizei, berichtet die Tageszeitung Jyllands-Posten. Die oberste Polizeibehörde habe eine solche schlechte Planung, dass es den Öfteren zu Notlösungen und negativen familiären Konsequenzen komme, hieß es.

Abkommender Woche wird ein Großteil der Beamten an der Grenze von den neuen Polizeikadetten und Soldaten abgelöst. Doch das bedeute nicht, dass sie in ihre Polizeikreise und in die Nähe ihrer Familien zurückkehren. Stattdessen sind viele von ihnen jetzt nach Kopenhagen versetzt worden. Dort sollen sie die neu vereinbarten, ausgeweiteten Passkontrollen im Flughafen durchführen – worüber viele Beamte unzufrieden sind, berichtet Jyllands-Posten. „Schon vor langer Zeit konnte man über die ausgeweiteten Passkontrollen in den Zeitungen lesen, und deshalb nervt es, wenn wir erst vor Kurzem davon erfahren, dass wir diese übernehmen sollen. Das hat Konsequenzen für das Privatleben vieler Beamte“, sagt der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft in Mittel- und Westjütland, Jørgen Fisker.

Der Direktor der Reichspolizei, Svend Larsen, hat Verständnis für die vielen Frustrationen, die die aktuelle Situation bei den Polizeibeamten auslöst. „Doch wir arbeiten daran, dass die Beamten in Zukunft weniger an andere Polizeikreise „ausgeliehen“ werden“, sagt Larsen zu Jyllands-Posten.

Rund 70 der 130 abgelösten Grenzbeamten werden nach Kopenhagen versetzt. *jt*

**Frederiksen: Lockout war nicht geplant**

**KOPENHAGEN** Die Vorsitzende der Sozialdemokraten, Mette Frederiksen, weist den Vorwurf zurück, dass die damalige S-R-SF-Regierung unter Thorning den Lehrertlockout zusammen mit dem Landesverband der Kommunen (KL) geplant habe.

„Ich kenne einen solchen Plan nicht. Ich glaube nicht, dass die Regierung ein Interesse daran hatte, in einen Lehrerkonflikt einzugreifen“, so Frederiksen, die zum ersten Mal das von Vilhelmsen neu veröffentlichte Buch „Søren og Mette i benlås“ kommentiert.

DF-Vorsitzender Kristian Thulesen Dahl hatte Vilhelmsens Vorwürfe bestätigt und hat sich auch nach Frederiksens Aussage erneut hinter sie gestellt. Vilhelmsen wirft der Regierung vor, dass der Lockout ein vereinbartes Spiel zwischen Regierung und KL war. Insgesamt 50.000 Volksschullehrer waren einen Monat lang von der Arbeit suspendiert. Mette Frederiksen hatte als damalige Beschäftigungsministerin durch ein geändertes Gesetz den Lockout 2013 beendet. *Ritzau/jrp*



**Dong Energy heißt Ørsted – nicht Penis**

**KOPENHAGEN** Dong Energy (Dansk Olie- og Naturgas) ist von Schwarz auf Grün gegangen – von der fossilen Energie hin zu primär Windenergie. Daher hat sich der Konzern mit einem Jahresumsatz von 57,4 Milliarden Kronen laut Boss Henrik Poulsen (Foto links) zu einer Namensänderung entschieden und heißt zukünftig Ørsted nach dem dänischen Wissenschaftler Hans Christian Ørsted (1777-1851), der den Elektromagnetismus entdeckte. Henrik Poulsen freut sich über den neuen Namen, denn der alte, Dong, mache keinen Sinn mehr, nachdem man die Öl- und Gasaktivitäten verkauft habe. Außerdem werde der alte Name ab und an nicht gut übersetzt. Im Englischen heißt Dong Penis. *pl*

**Trotz schwarzer Flecken kein akuter Handlungsplan für Ambulanzen**

In Nordschleswig haben sich mit Ambulance Syd die Hilfsfristen im vergangenen Jahr mehr verbessert als durchschnittlich

**VEJLE/APENRADE** Der prähospitaler Ausschuss der Region Süddänemark sieht keinen akuten Handlungsbedarf, obwohl die Hilfsfristen oder Reaktionszeiten für die Ambulanzen in der Region hier und da schon eine Herausforderung sind.

In Nordschleswig fährt bekanntlich seit August vergangenen Jahres die regionseigene Ambulance Syd – und hier haben sich die Zeiten im vergangenen Jahr mehr verbessert als durchschnittlich. Allerdings wartet man hier im Regionsvergleich immer noch am längsten auf Hilfe.

Eine Bilanz der Hilfsfristen für das Halbjahr von April bis September zeigt nämlich, dass Patienten u. a. auf Sydalen und Röm oder im Pattburger Raum viel länger warten müssen als anderswo. Im Gros der Fälle dauert es weit unter 15 Minuten, aber in diesen Randgebie-

ten kommt es in bis zu 25 Prozent der Fälle vor, dass mehr als 15 Minuten vergehen. Der Regions-Durchschnitt beträgt 7,8 Minuten.

In Norborg beträgt die durchschnittliche Reaktionszeit der Syd-Ambulanzen 15,4 Minuten – aber in 56 Prozent der Fälle vergehen mehr als 15 Minuten.

„Ja, das erklärt sich selbst, da die nächste Ambulanz in Sonderburg stationiert ist. Daher arbeiten wir in Norborg ja mit Danfoss und deren Notarztwagen zusammen. Die Patienten bekommen also Hilfe, bevor die Ambulanz kommt“, so Thyge Nielsen (V), der Vorsitzende des prähospitalen Ausschusses der Region Süddänemark. Er räumt ein, dass man auch in Gebieten wie Röm, Süddalsen oder anderswo weiterhin „Herausforderungen“ hat mit den Hilfszeiten der Syd-Ambulanzen.

„Aber generell haben sich die Zeiten nicht verändert. Wir werden Anfang des neuen Jahres eine übergeordnete Beurteilung der Lage im Bereich Ambulanzen vornehmen“, so Thyge Nielsen.



**Thyge Nielsen**  
Vorsitzender Prähospitaler Ausschuss

*„Wir haben keine akuten Pläne, etwas zu ändern, weil sich eigentlich nichts geändert hat.“*

Insgesamt gab es im Sommerhalbjahr 24.596 Ambulanz-Einsätze in Süddänemark. Laut Regions-Bilanz kamen die im Durchschnitt in der Periode Juli, August und September nach 7,8 Minuten – eine leichte Verbesserung im Ver-

gleich zur gleichen Periode des Vorjahres, wo durchschnittlich 8,2 Minuten vergingen.

In Nordschleswig verbesserte sich die Zeit allerdings erheblich – von 9,3 auf 8,7 Minuten. Damit hat der Landesteil aber weithin die längste Hilfsfrist der Regionen. Fünen kommt auf 7,7, Südwestjütland auf 8,2 und das Städtetreck Kolding-Vejle-Fredericia auf nur 6,9 Minuten.

Wie schnell erste Hilfe generell vor Ort ist, wird auch erfasst. Hier muss man in Nordschleswig durchschnittlich 7,9 Minuten warten, während der Regionsdurchschnitt nur 7,5 Minuten beträgt. Aber die Zeit ist immerhin eine halbe Minute schneller als noch vor einem Jahr. Generell ist die Quote der Wartezeiten über 15 Minuten in der Region von 5 auf 4 Prozent gefallen. *pl*

**Ausländerpolitik: Løkke kündigt härteren Kurs an**

**KOPENHAGEN** Staatsminister Lars Løkke Rasmussen (Venstre) hat in seiner Rede zur Eröffnung des neuen Folketingsjahres weitere Verschärfungen in der Ausländerpolitik angekündigt.

„Ich kann nicht akzeptieren, dass wir hochkriminelle Ausländer aus Rücksicht auf ihr Privat- und Familienleben nicht ausweisen können“, sagte Løkke und fuhr fort, dass er nicht einsehen könne, dass Straftäter aus einigen EU-Staaten nicht nach der Verurteilung in Dänemark in ihr Heimatland zur Strafverbüßung überstellt werden können, weil die dortigen Gefängnisse nicht die Menschenrechte

garantieren, zu deren Einhaltung sich diese Länder bei EU-Beitritt vertraglich verpflichtet haben.

Løkke kündigte ebenfalls an, dass abgewiesene Asylbewerber künftig rascher als bisher in ihre Heimatländer ausgewiesen werden. Auch bei den anerkannten Asylbewerbern strebe man an, dass Familienzusammenführungen nicht mehr so leicht genehmigt werden wie bisher. Schwieriger gemacht werden soll auch der Erwerb der dänischen Staatsbürgerschaft. Auch für EU-Ausländer seien Änderungen in Sicht, z. B. bei der Gewährung von Kindergeld für Kinder im Heimatland. *hee*

**Folketing startet in neue Sitzungsperiode**

**KOPENHAGEN** Staatsminister Lars Løkke Rasmussen (V) hat in seiner Rede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Folketings Dänemark als ein Land im Aufschwung beschrieben, in dem das Leben sicherer geworden sei. Er verwies auf gutes Wachstum und eine niedrige Zahl von Sozialhilfeempfängern. Seit den Wahlen im Sommer 2015 seien in Dänemark nicht weniger als 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Der Regierungschef (auf dem Foto neben ihm Folketingspräsidentin Pia Kjaersgaard) legte eine Liste von Gesetzesinitiativen vor, die jetzt parlamentarisch abgearbeitet werden solle. *hee*

**Forscher: Angst vor Zwei-Klassen-Schulen**

**KOPENHAGEN** Vor allem wegen der längen Schultage entscheiden sich viele Eltern, ihre Kinder auf eine private Schule zu schicken. Das meint zumindest Michael Thomsen (V), Vorsitzender des Schulausschusses in der Kommune Halsnæs.

„Dort haben die Kinder nicht so lange Schulzeiten“, erklärte er gegenüber DR P4. Unterstützt wird er von Privatschulleiterin Charlotte Christiansen,

von Skolen ved Havet in Halsnæs. „Viele Eltern berichten von zu langen Tagen an den Volksschulen, wenn sie ihre Kinder bei uns anmelden“, berichtete sie. Als weiteren Grund für den Erfolg der Privatschulen sieht sie die kleineren Klassen und die stabilen Personalverhältnisse.

Andreas Rasch-Christensen, Forschungschef am VIA University College, sieht die Gefahr, dass durch die

Entwicklung A- und B-Schulen entstehen. „Die ressourcenstarken Schüler besuchen die Privatschulen, in den Volksschulen bleiben die Schwachen“, glaubt er. Von anderer Seite kommt Beifall zum Erfolg der privaten Schulen, denn „so wird eine Konkurrenzsituation eröffnet. Die Volksschulen müssen in Gang kommen und um die Schüler kämpfen“, findet Michael Thomsen.

Seit 2012 ist die Zahl der Schüler an privaten Schulen von 14 auf heute 16 Prozent gestiegen. Das hat eine Auswertung des nationalen Forschungs- und Analysecenters für Wohlfahrt (VI-VE) ergeben. In manchen Kommunen besucht inzwischen jeder fünfte Schüler eine Schule unter privater Regie. Samsø hat mit 34,5 Prozent den größten Anteil von Kindern, die eine Privatschule besuchen. *Ritzau/jrp*